MARKTGEMEINDEAMT MOLLN

Nr. 15/2021-2027

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche **SITZUNG** des **GEMEINDERATES**

der Marktgemeinde Molln am 15. Juni 2023.

Tagungsort: Nationalparkzentrum Molln, VR Gaisberg

Anwesende:

1. Bürgermeister RUSSMANN Andreas (SPÖ) als Vorsitzender
2. Vizebürgermeisterin BRUNNER Ulrike (SPÖ)
3. ---
4. GRM WELSER Helmut (SPÖ)
5. GRM HERZOG Erika (SPÖ)
6. GRM SUMMEREDER Thomas (SPÖ)
7. GRM BACHMAYR Otto (SPÖ)
8. GRM KNOLL Sabine (SPÖ)
9. ---
10. ---
11. GRM GRASSEGGER Alfred (SPÖ)
12. GRM BUCHRIEGLER Regina, Mag. (FH) – (ÖVP)
13. ---
14. GVM BANKLER Stefan (ÖVP)
15. GRM ROHRAUER Robert (ÖVP)
16. GRM HATZENBICHLER Georg (ÖVP)
17. GRM BAUMSCHLAGER Roman (ÖVP)
18. GRM KLAUSBERGER Alexander (ÖVP)
19. ---
20. GRM SIEGHARTSLEITNER Franz (ÖVP)
21. ---
22. ---
23. GRM WAGNER Otmar (FPÖ)
24. GRM SCHMIDBERGER Barbara (FPÖ)
25. GRM GASPLMAYR Dominik (bim)

Ersatzmitglieder:

Wildauer Claudia (SPÖ)	für	Wildauer Hubert (SPÖ)
Bernegger Renate (SPÖ)	für	Bernegger Rene (SPÖ)
Rohrauer Josef (SPÖ)	für	Schober Martin (SPÖ)
Stummer Erwin (ÖVP)	für	Aigner Walter (ÖVP)
Klausner Johann (ÖVP)	für	Hackl Florian (ÖVP)
Wagner Gertrude (ÖVP)	für	Seebacher Gottfried (ÖVP)
Prentner Manfred (FPÖ)	für	Kores Bettina (FPÖ)

Leiter des Gemeindeamtes: Mag. Christian Pölz

Es fehlen:

Entschuldigt:

Schober Martin (SPÖ)
Wildauer Hubert (SPÖ)
Bernegger Rene (SPÖ)
Seebacher Gottfried (ÖVP)
Aigner Walter (ÖVP)
Hackl Florian (ÖVP)
Kores Bettina (FPÖ)

Nicht entschuldigt:

Die Schriftführerin: Elisabeth Fischer

Der Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 7.6.2023 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 30.3.2023 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsichtnahme noch aufliegt und gegen die Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

TAGESORDNUNG:

- Punkt 1) Fahrzeuge Bauhof; Versteigerung; Beratung und Beschlussfassung:
a) LKW MAN samt Winterdienstausrüstung
b) Unimog samt Winterdienstausrüstung
- Punkt 2) E-Tankstelle Gemeindezentrum; Stilllegung; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 3) Nationalparkzentrum; Vermietung Fläche für Regionalshop an Mag. Andrea Rosenegger; Grundsatzbeschluss; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 4) Antrag an die Oö. Landesregierung auf Aufnahme in die Oö. Bau-Übertragungsverordnung 2023 – Übertragung der baubehördlichen Kompetenzen für bauliche Anlagen die auch einer gewerbebehördlichen Genehmigung bedürfen an die zuständige Bezirkshauptmannschaft; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 5) Flächenwidmungsplan 3/2003; Beratung und Beschlussfassung:
a) Erwin und Maria Unterbrunner; Umwidmung 3.127; ÖEK-Änderung Nr. 1.35
b) Karl Koppelhuber; Umwidmung Nr. 3.128
c) Hubert Bernegger, Umwidmung Nr. 3.129
d) Charlotte Mayerhofer, Umwidmung Nr. 3.130

- Punkt 6) Anonyme Beschwerde über angeblich konsenslos errichtetes Gebäude in der Gemeinde Molln sowie einer PV-Freiflächenanlage ohne Bewilligung; Enderledigung Amt der Oö. Landesregierung/IKD; Kenntnisnahme
- Punkt 7) Pfarramt Frauenstein; Finanzausschuss; Ansuchen um Förderung – Umbau „alte Schule“ als Pfarrhof mit integriertem öffentl. WC und Pfarrsaal, der nach Absprache auch öffentl. genutzt werden kann; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 8) Straßenbau 2022 – 2024; Straßenbauprogramm 2023; Finanzierungsplan; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 9) Allfälliges

Der **Bürgermeister** gibt eingangs bekannt, dass der **Sitzungsplan für das 2. Halbjahr 2023** durchgeht und jedes Mitglied den Empfang zu bestätigen hat.

Anschließend informiert er darüber, dass von ihm – **dem Bürgermeister** - ein **Dringlichkeitsantrag** mit 2 T0-Punkten eingebracht wird, der wie folgt lautet:

Punkt 1) Pfarramt Frauenstein; Finanzausschuss; Ansuchen um Förderung – Umbau „alte Schule“ als Pfarrhof mit integriertem öffentl. WC und Pfarrsaal, der nach Absprache auch öffentl. genutzt werden kann; Beratung und Beschlussfassung

Er bringt den Antrag zur Kenntnis und lässt anschließend über die Aufnahme abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand, folgende Angelegenheit als Tagesordnungspunkt 7) zu behandeln:

Pfarramt Frauenstein; Finanzausschuss; Ansuchen um Förderung – Umbau „alte Schule“ als Pfarrhof mit integriertem öffentl. WC und Pfarrsaal, der nach Absprache auch öffentl. genutzt werden kann; Beratung und Beschlussfassung

Punkt 2) Straßenbau 2022 - 2024; Straßenbauprogramm 2023; Finanzierungsplan; Beratung und Beschlussfassung

Er bringt den Antrag zur Kenntnis und lässt anschließend über die Aufnahme abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand, folgende Angelegenheit als Tagesordnungspunkt 8) zu behandeln:

Straßenbau 2022 - 2024; Straßenbauprogramm 2023; Finanzierungsplan; Beratung und Beschlussfassung

Punkt 1) Fahrzeuge Bauhof; Versteigerung; Beratung und Beschlussfassung:
a) LKW MAN samt Winterdienstausrüstung
b) Unimog samt Winterdienstausrüstung

Der **Bürgermeister** sagt, dass nach dem Ankauf des neuen Kommunalfahrzeuges der ältere LKW MAN und der Unimog, jeweils mit Winterdienstausrüstung, verkauft werden sollen. Dazu wurden von einem gerichtlich beeideten Sachverständigen Schätzgutachten eingeholt. Der Wiederbeschaffungswert des LKW samt Winterdienstausrüstung beläuft sich demnach auf € 80.000, --, der Wiederbeschaffungswert des Unimog samt Winterdienstausrüstung auf € 35.000, -

Auf dieser Basis wurden die Firmen Bernegger, Hasenauer, Reithuber und Maschinenring zur Legung eines Kaufangebotes eingeladen, da sie bereits vor Lieferung des neuen Fahrzeuges Interesse an den beiden alten Fahrzeugen bekundet hatten.

Die Fa. Bernegger hat ein Angebot für den LKW abgegeben, welches jedoch mit € 55.000, -- weit unter dem Schätzwert liegt. Reithuber Herbert bietet für den Unimog € 26.500, --, was ebenfalls um einiges unter dem Schätzwert liegt.

Der GV hat daher in seiner Sitzung am 15.5.2023 die beiden Angebote abgelehnt und eine Versteigerung über das Dorotheum vorgeschlagen.

Laut erster Auskunft eines Mitarbeiters des Dorotheum ist es am sinnvollsten beide Fahrzeuge bei einem Herbsttermin zu versteigern, wobei auch ein Mindestpreis festgelegt werden kann, unter dem das Fahrzeug nicht verkauft werden kann. Ebenso ist es möglich das Fahrzeug, den Streuer und den Schneepflug getrennt zu versteigern. Wie für das Land und die Asfinag dürften für die Gemeinde keine Kosten anfallen. Er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Versteigerung von folgenden Fahrzeugen bei einem Herbsttermin im Dorotheum:

- a) LKW MAN samt Winterdienstausrüstung
- b) Unimog samt Winterdienstausrüstung

Punkt 2) E-Tankstelle Gemeindezentrum; Stilllegung; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass die E-Tankstelle vor dem Gemeindezentrum mit einer Ladeleistung von 2 kW pro Stunde nicht mehr am Stand der Technik ist, was zu langen Standzeiten führt. Außerdem wird die Tankstelle überwiegend von immer den gleichen Einheimischen, welche teils in unmittelbarer Nähe zur Tankstelle wohnen, genutzt.

Eine Umrüstung auf den Stand der Technik samt Bezahlsystem ist trotz Förderung mit einmaligen Investitionskosten und laufenden Betriebsführungskosten für die Gemeinde verbunden. Die E-Tankstelle soll daher stillgelegt und demontiert werden.

Der Bürgermeister sagt, dass der Amtsleiter heute eine Veranstaltung der Energie AG besucht hat und es mittlerweile einen neuen Sachverhalt gibt. Die Energie AG verlangt für die Betriebsführung kein Entgelt und die Gemeinde erhält eine kleine jährliche Vergütung als Besitzerin der Ladestation. Die Umrüstung soll auf 22 kW Mindeststandard erfolgen - die

Investitionskosten betragen ca. € 4.000,--. Die Auftragsvergabe soll an den Gemeindevorstand übertragen werden und er ersucht um Wortmeldungen.

GRM Wagner (FPÖ) sagt, dass er nicht einsieht, dass die öffentliche Hand das bezahlt. Der Betreiber verkauft den Strom und soll auch umrüsten.

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass am Land die Tankstellen nicht so frequentiert werden, dass man sie kostendeckend betreiben kann. Jetzt gibt es das günstigste Angebot und man sollte auch den touristischen und umweltrechtlichen Aspekt berücksichtigen.

GRM Buchriegler (ÖVP) schließt sich den Worten von GRM Wagner an und sagt, dass die GVM und Fraktionsvorsitzenden schon im April darüber diskutiert hat und sich alle einig waren, dass die Gemeinde die Fläche kostenlos zur Verfügung stellt - damals war man bei € 2.500,-- Kosten – und wer Interesse hat, soll das machen.

AL Mag. Pölz stellt klar, dass die Energie AG für die Umrüstung € 4.200,-- verlangt, dazu kommen € 2.300,-- Netzentgelt und € 1.000,-- Montagekosten. An Fördermittel kann man € 5.200,-- lukrieren, bei der Gemeinde bleibt dann ein Betrag von € 2.500,--.

GRM Buchriegler (ÖVP) fragt, ob die Ausschreibung von der Gemeinde gemacht wurde.

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass von 5 angeschriebenen Firmen 1 Rückmeldung eingelangt ist und man keine besseren Konditionen aufreiben kann, wie die der Energie AG.

GRM Gasplmayr (bim) weist darauf hin, dass immer die gleichen 2 Autos aufladen, das wird auch nachher so sein. Touristisch gesehen, sollte man vielleicht einen anderen Standort überdenken, eventuell das NPZ, weil ja sonst auch 2 Parkplätze für den Arzt wegfallen. Anschließend stellt er den *Antrag auf Zuweisung an den Ausschuss Straße, Kanal und Raumplanung*.

Der **Bürgermeister** lässt über den Antrag von GRM Gasplmayr abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 24 Ja-Stimmen (SPÖ, ÖVP, bim und FPÖ – ohne Wagner) und 1 Stimmenthaltung (Wagner, FPÖ) die Zuweisung dieses TO-Punktes an den Ausschuss Straße, Kanal und Raumplanung.

Punkt 3) Nationalparkzentrum; Vermietung Fläche für Regionalshop an Mag. Andrea Rosenegger; Grundsatzbeschluss; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass Frau Mag. Andrea Rosenegger im Foyer des NPZ, rechts vom Haupteingang, einen Regionalshop einrichten möchte. Die dazu benötigte Fläche und Räumlichkeiten im Keller sollen ihr um € 100,-- pro Monat wertgesichert vermietet werden. Die flächenmäßig anteiligen Betriebskosten sowie die gesamten Umbaukosten sind von ihr zutragen. Ein Grundsatzbeschluss soll dazu gefasst werden, der entsprechende Mietvertrag soll dann in der nächsten GR-Sitzung beschlossen werden. Er ersucht um Wortmeldungen.

GRM Buchriegler (ÖVP) sagt, dass das eine sehr gute Idee zur Belegung des Nationalparkzentrums ist und sie hofft, dass auf einen regen Besucherwechsel im Haus. Vorher

hat es einen Vertrag mit dem Nationalpark gegeben, es ist aber interessant, wenn noch jemand dabei ist. Teile der Ausstellung wurden vom Nationalpark wieder zurückgebaut – vorne soll eine Infostelle installiert werden, das Haus soll belebt werden, je mehr Geschäfte, desto besser ist es.

GRM Wagner (FPÖ) sagt, dass seine Fraktion das auch als Belebung ansieht.

GRM Sieghartsleitner (ÖVP) sagt im Hinblick auf den Eingang des Geschäftes, ob die Bushaltestelle bzw. der Warteplatz deswegen verlegt wird.

Der **Bürgermeister** sagt, dass alles so bleibt, sollten Probleme deswegen auftreten, wird die Familie Rosenegger andere Vorkehrungen treffen.

Da keine Wortmeldungen mehr erfolgen, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand grundsätzlich die Vermietung einer Fläche samt Räumlichkeiten im Keller des Nationalparkzentrums für die Einrichtung eines Regionalshops an Mag. Andrea Rosenegger.

Punkt 4) Antrag an die Oö. Landesregierung auf Aufnahme in die Oö. Bau-Übertragungsverordnung 2023 – Übertragung der baubehördlichen Kompetenzen für bauliche Anlagen die auch einer gewerbebehördlichen Genehmigung bedürfen an die zuständige Bezirkshauptmannschaft; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** berichtet, dass aufgrund des GR-Beschlusses vom 21.2.2019 die baubehördlichen Kompetenzen hinsichtlich jener baulichen Anlagen, für die eine gewerbebehördliche Betriebsanlagengenehmigung erforderlich ist, per Oö. Bau-Übertragungsverordnung auf die Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf übertragen wurden. Die geltende Oö. Bau-Übertragungsverordnung tritt mit Ablauf des 31.12.2023 außer Kraft und wird durch die ab 1.1.2024 wirksame Oö. Bau-Übertragungsverordnung 2023 abgelöst. Die Neuerlassung dieser Verordnung ist in legislatischen Anpassungen begründet, die aufgrund der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs notwendig wurden. Da die Übertragung der baubehördlichen Zuständigkeit auf die neue Verordnung einen Antrag der Gemeinde voraussetzt, bedarf es auch für die Gemeinden, die bereits bisher in der geltenden Oö. Bau-Übertragungsverordnung aufgenommen sind, eines neuerlichen Antrags. Er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand, dass die baubehördlichen Kompetenzen hinsichtlich jener baulichen Anlagen, für die eine gewerbebehördliche Betriebsanlagengenehmigung erforderlich ist, auf die Bezirkshauptmannschaft Kirchdorf übertragen werden. Die Gemeinde stellt daher gemäß § 40 Abs. 4 Oö. GemO 1990 bei der Oö. Landesregierung den Antrag auf Aufnahme in die Oö. Bau-Übertragungsverordnung 2023.

- Punkt 5) Flächenwidmungsplan 3/2003; Beratung und Beschlussfassung:**
- a) **Erwin und Maria Unterbrunner; Umwidmung 3.127; ÖEK-Änderung Nr. 1.35**
 - b) **Karl Koppelhuber; Umwidmung Nr. 3.128**
 - c) **Hubert Bernegger, Umwidmung Nr. 3.129**
 - d) **Charlotte Mayerhofer, Umwidmung Nr. 3.130**

Ad 5a) Der **Bürgermeister** sagt, dass Erwin und Maria Unterbrunner die Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 673/2, KG 49008 Molln, im Ausmaß von 1.140 m² von derzeit „Grünland“ in „Bauland/Wohngebiet“ beantragt haben. Der Grundsatzbeschluss für diesen Antrag ist in der GR-Sitzung am 26.01.2023 erfolgt. Mittlerweile liegen die fachlichen Stellungnahmen des Landes vor. Diese fielen teilweise negativ aus. So wird auf die laut Baulandbilanz theoretisch vorhandenen erheblichen Baulandreserven verwiesen. Weiters werden Bedenken in naturschutzfachlicher Hinsicht (fingerförmige Erweiterung eines bestehenden Siedlungsgebietes, Landschaftsbild) geäußert.

Die Ortsplanerin tritt in ihrer Stellungnahme vom 20.03.2023 diesen Ausführungen entgegen. Einerseits handelt es sich beim Großteil der Baulandreserven um langfristig gewidmete Grundstücke, für welche keine vertraglichen Regelung zur zeitgerechten Baulandmobilisierung bestehen. Andererseits ist auf Grund der Gegebenheiten aus raumordnungsfachlicher Sicht die geplante geringfügige Baulanderweiterung in unmittelbarer Zentrumsnähe nicht mit einer fingerförmigen Entwicklung im offenen Landschaftsraum gleichzusetzen. Zum Abschluss des Verfahrens soll daher diese Umwidmung als Verordnung beschlossen werden und er ersucht um Wortmeldungen.

Der **Bürgermeister** gibt anschließend noch kurze Infos zu den Anfragen von **GRM Wagner (FPÖ) und Sieghartsleitner (ÖVP)** und lässt anschließend abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.127, ÖEK-Änderung Nr. 1.35; Erwin und Maria Unterbrunner, Teilfläche Parzelle 673/2, KG 49008 Molln, im Ausmaß von 1.140 m², von derzeit „Grünland“ in „Bauland/Wohngebiet“.

b) Der **Bürgermeister** sagt, dass Karl Koppelhuber die Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 22/2, KG 49006 Innerbreitenau, von derzeit „Grünland“ in „Bestehendes Wohngebäude im Grünland Nr. 122“ beantragt hat. Mit dieser Änderung soll der Flächenwidmungsplan korrigiert und den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden. Der Grundsatzbeschluss für diesen Antrag wurde in der GR-Sitzung am 30.03.2023 gefasst. Mittlerweile liegen positive Stellungnahmen der Fachabteilungen des Landes vor. Im Zuge des Verfahrens haben sich auf Grund einer Initiative des Umwidmungswerbers Änderungen bei der geplanten Schutz- und Pufferzone ergeben. Diese wurde in Abstimmung mit der zuständigen Forstbehörde von 15 m auf 12 m reduziert. Zum Abschluss des Verfahrens soll diese Umwidmung als Verordnung beschlossen werden und er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.128; Karl Koppelhuber, Teilfläche Parzelle 22/2, KG 49006 Innerbreitenau, von derzeit „Grünland“ in „Bestehendes Wohngebäude im Grünland Nr. 122“.

c) Der **Bürgermeister** berichtet, dass Hubert Bernegger die Umwidmung einer Teilfläche der Parzelle 113, KG 49008 Molln, im Ausmaß von 246 m², von derzeit „Grünland“ in „Verkehrsflächen/Ruhender Verkehr“ beantragt hat. Der Grundsatzbeschluss für diesen Antrag wurde in der GR-Sitzung am 30.03.2023 gefasst. Mittlerweile liegen positive Stellungnahmen der Fachabteilungen des Landes vor. Zum Abschluss des Verfahrens soll daher diese Umwidmung als Verordnung beschlossen werden und er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.129; Hubert Bernegger; Teilfläche Parzelle 113, KG 49008 Molln, im Ausmaß von 246 m² von derzeit „Grünland“ in „Verkehrsflächen/Ruhender Verkehr“.

d) Der **Bürgermeister** sagt, dass Charlotte Mayerhofer die Umwidmung einer Teilfläche der Baufläche .162 und einer Teilfläche der Parzelle 1443, jeweils KG 49013 Ramsau, im Gesamtausmaß von 953 m², von derzeit „Grünland“ in „Bestehendes Wohngebäude im Grünland Nr. 123“ beantragt hat. Mit dieser Änderung soll der Flächenwidmungsplan korrigiert und den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden. Der Grundsatzbeschluss für diesen Antrag wurde in der GR-Sitzung am 30.03.2023 gefasst. Mittlerweile liegen positive Stellungnahmen der

Fachabteilungen des Landes vor. Zum Abschluss des Verfahrens soll auch diese Umwidmung als Verordnung beschlossen werden und er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.130; Charlotte Mayerhofer, Teilfläche Baufläche .162 und Teilfläche Parzelle 1443, jeweils KG 49013 Ramsau, im Gesamtausmaß von 953 m², von derzeit „Grünland“ in „Bestehendes Wohngebäude im Grünland Nr. 123“.

Punkt 6) Anonyme Beschwerde über angeblich konsenslos errichtetes Gebäude in der Gemeinde Molln sowie einer PV-Freiflächenanlage ohne Bewilligung; Enderledigung Amt der Oö. Landesregierung/IKD; Kenntnisnahme

Der **Bürgermeister** sagt, dass bezüglich der anonymen Beschwerde über ein angeblich konsenslos errichtetes Gebäude in der Gemeinde Molln sowie einer PV-Freiflächenanlage ohne Bewilligung mit Schreiben des Amtes der Oö. Landesregierung, IKD, vom 11.4.2023, IKD-

2022-341039/19-Oa, die Enderledigung übermittelt wurde und dies dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen ist. Das Schreiben wurde an alle GRM mit der Einladung übermittelt. Der Bürgermeister verliert das Schreiben anschließend (Beilage).

Keine Wortmeldungen.

Punkt 7) Pfarramt Frauenstein; Finanzausschuss; Ansuchen um Förderung – Umbau „alte Schule“ als Pfarrhof mit integriertem öffentl. WC und Pfarrsaal, der nach Absprache auch öffentl. genutzt werden kann; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** berichtet, dass die Pfarre Frauenstein das Gebäude „alte Schule“ zur Nutzung als Pfarrhof saniert. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich lt. dem vorliegenden Finanzierungsplan auf € 436.000,00. Auf Grund der geplanten öffentlichen Nutzung des Pfarrsaals (nach Absprache mit dem Pfarrgemeinderat möglich) und dem Einbau eines öffentlichen WCs (Schließung GH Federlehner), ersucht der Pfarrgemeinderat um eine Förderung des Umbaus in der Höhe von € 50.000.--. Die Förderung soll mit Rücklagen der „Coronaförderung“ sowie Erlösen der Fahrzeugverkäufe bedeckt werden und nach Fertigstellung des Umbaus unter Vorlage einer Projektendabrechnung ausbezahlt werden. Er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Bankler (ÖVP) gibt noch Erläuterungen und ersucht als Finanzausschussobmann der Pfarre Frauenstein um Unterstützung. Abschließend erklärt er sich bei der Abstimmung für befangen.

AL Mag. Pölz fragt GVM Bankler, ob beim öffentl. WC Betriebskosten für die Gemeinde anfallen.

GVM Bankler (ÖVP) sagt, dass der Zuschuß, der derzeit für das WC von der Gemeinde gewährt wird, aufrecht bleibt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig (ohne Bankler, ÖVP, da befangen) durch Heben der Hand, der Pfarre Frauenstein für den Umbau der „alten Schule“ als Pfarrhof mit integriertem öffentl. WC und Pfarrsaal, der nach Absprache auch öffentl. genutzt werden kann, bei Gesamtkosten lt. vorliegendem Finanzierungsplan von € 436.000,-- eine Förderung in Höhe von € 50.000,-- zu gewähren. Die Förderung soll mit Rücklagen der „Coronaförderung“ sowie Erlösen der Fahrzeugverkäufe bedeckt und nach Fertigstellung des Umbaus unter Vorlage einer Projektendabrechnung ausbezahlt werden.

Punkt 8) Straßenbau 2022 – 2024; Straßenbauprogramm 2023; Finanzierungsplan; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** informiert darüber, dass mit Schreiben vom Amt der Oö. Landesregierung, IKD-2023-184247/3-Rei, vom 13.6.2023 für das Projekt „Straßenbaumaßnahmen 2023 –

Gemeindepaket 2023 gem. KIG 2023“ folgender Finanzierungsplan mit Gesamtkosten in Höhe von € 246.000,-- für das Jahr 2023 genehmigt wurde:

Haushaltsrücklagen	€ 27.333,--
BMF KIG 2023	€ 123.000,--
LZ Straßenbau	€ 58.250,--
BZ – Sonderfinanzierung - § 5 KIG 2023	€ 37.417,--

Er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand den vorliegenden Finanzierungsplan vom Amt der Oö. Landesregierung, IKD-2023-184247/3-Rei, vom 13.6.2023 für das Projekt „Straßenbaumaßnahmen 2023 – Gemeindepaket 2023 gem. KIG 2023“.

Punkt 9) Allfälliges

Vizebürgermeisterin Brunner (SPÖ) spricht eine **Einladung** aus für das **Projekt der Volksschule Molln – die „Glücksroas“** aus, die Veranstaltungen sind von Dienstag, 20.6. bis Freitag, 23.6. – es ergeht eine Amtliche Mitteilung an alle Haushalte.

GRM Wagner (FPÖ) stellt fest, dass die **Verhandlung der Fa. ADX** nun doch nicht öffentlich ist.

Der **Bürgermeister** bejaht das und sagt, dass das falsch interpretiert wurde.

GRM Hatzenbichler (ÖVP) spricht eine **Einladung zum Rot Kreuz Sonnwendfeuer** am 16.6. hinter dem Parkplatz Wirt im Dorf aus. Beginn ist mit einem Kinderprogramm um 16 Uhr.

GRM Schmidberger (FPÖ), fragt, wer die Wege am Satterl mäht?

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass es keinen Wegeerhalter gibt und seitens der Gemeinde wegen der Personalressourcen nicht gemacht werden kann.

GRM Schmidberger sagt, dass sie das Mähen dort übernehmen wird.

GRM Sieghartsleitner (ÖVP) fragt, ob die **Straßen** fertig gekehrt bzw. gemäht werden.

AL Mag. Pölz bejaht das und sagt, dass die Geräte für das Fahrzeug erst im August geliefert werden, aber mit der Firma ausverhandelt wurde, dass wir nächste oder übernächste Woche ein Leihgerät bekommen.

GRM Schmidberger (FPÖ) spricht die **Prüfung der Straßenbeleuchtung** durch den Prüfungsausschuss an und fragt, warum es keine Übernahme gegeben hat bzw. gibt es lt. Aufstellung der Buchhaltung eine Differenz bei der Anzahl der Leuchten.

AL Mag. Pölz sagt, dass es sehr wohl eine Abnahme gegeben hat und es auch ein Abnahmeprotokoll gibt. Man muss sich die Differenz anschauen, vielleicht wurden Leuchten

nicht aus dem Stand genommen. Auf jeden Fall wurde nur die Leuchten bezahlt, die auch errichtet wurden.

Der **Bürgermeister** lädt anschließend noch einmal zur **Firmenpräsentation der Fa. Bernegger** am 20.6. um 16 Uhr ein und bedankt sich für die 18 Anmeldungen, die bereits vorliegen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, schließt er die Sitzung um 19.50 Uhr.